

Informationen zur
Kommunalpolitik

Essen steht
AUF!

www.essen-steht-auf.de

Nr. 24
Juli 2016

Hartz-IV-„Reform“: **Noch mehr Schikanen und Sanktionen**

Zum 1. August 2016 tritt die großspurig verkündete „Rechtsvereinfachung“ bei Hartz IV in Kraft. Wie üblich bei dieser Bundesregierung stehen auch bei dieser „Reform“ einige wenige Verbesserungen einer ganzen Fülle von massiven Verschärfungen gegenüber.

Ursprünglich sollten Alleinerziehenden bei der Berechnung des Kinderregelsatzes die Tage abgezogen werden, die der Nachwuchs beim anderen Elternteil verbringt. Diese und andere geplante Verschärfungen (wie z.B. massiver Druck zur Zwangsverrentung) wurden aufgrund starker Proteste fallen gelassen.

Übrig bleibt vor allem eine erhebliche Ver-

und zurückfordern dürfen.

Ein großer Teil der Hartz-IV-Bescheide ist fehlerhaft. Künftig müssen Jobcenter jedoch rechtswidrige Bescheide nicht mehr rückwirkend, sondern erst ab dem Urteilsspruch revidieren. So werden die eigenen Fehler noch zum geldwerten Vorteil gemacht.

Ein Umzug kann vom Jobcenter abgelehnt werden, wenn die neue Wohnung zwar teu-

Wohnkosten sitzen, die nicht übernommen wurden.“

Und um das allen Bedürftigen pauschal unterstellte „sozialwidrige Verhalten“ nachweisen zu können, soll mit monatlichen »automatischen Datenabgleichen« die Überwachung der ALG-II-Bezieher und ihrer Familienmitglieder ausgebaut werden.

„Essen steht AUF“ lehnt diese Verschärfungen des Hartz-IV-Regimes ab, denn wenn etwas „sozialwidrig“ ist, dann doch wohl die Hartz-Gesetze. Es nützt daher nichts, diese Gesetze zu reformieren, weil sie nie den Zweck hatten, die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen, sondern die Arbeitslosen und die Arbeitenden. Mit dem Zwang zur Annahme jedes Jobs und der Ausweitung der Leiharbeit wurde ein Niedriglohnsektor geschaffen, der zunehmend dazu führt, dass man selbst mit Arbeit kein Auskommen hat und in absehbarer Zeit Altersarmut grassiert.

Um die Arbeitslosigkeit und ihre Folgen für die Betroffenen wirksam zu mildern, fordert „Essen steht AUF“ nicht einfach nur die Abschaffung der Hartz-Gesetze, sondern

- eine spürbare Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit bei vollem Lohnausgleich,
- eine Ausbildungsquote von 10 Prozent in Industrie und Verwaltung,
- die (Wieder-)Einführung einer echten Arbeitslosenversicherung mit unbegrenztem Bezug des Arbeitslosengeldes für die Dauer der Arbeitslosigkeit,
- für nicht Erwerbsfähige eine auskömmliche Sozialhilfe bzw. Grundsicherung!



schärfung der Sanktionspraxis. 2015 waren rund eine Million ALG-II-Bezieher von Sanktionen betroffen. Mit der Ausweitung der sog. „Ersatzpflichtigkeit bei sozialwidrigem Verhalten“ wird nun ein neues Folterinstrument eingeführt. Jobcenter sollen allein aufgrund der Unterstellung, eine Kündigung oder Nichteinstellung selbst verursacht zu haben, bis zu vier Jahre lang die Leistung kürzen, streichen

rer ist, aber trotzdem noch im Rahmen der sogenannten Angemessenheit der Kosten liegt.

Unter dem Deckmantel der „Vereinfachung“ sollen die Heizkosten pauschaliert werden und eine Einzelfallprüfung nicht mehr verpflichtend sein. Der Paritätische Wohlfahrtsverband dazu: „Bereits 2014 blieben Hartz IV Bezieher bundesweit auf 620 Millionen €

Frühstück

Die „Hartz-IV-Vereinfachungsreform“ ist auch Thema des nächsten Kommunalpolitischen Frühstücks von „Essen steht AUF“ am 7. August, 11-13 Uhr im Courage-Zentrum, Goldschmidtstr. 3, E-Ostviertel

Montagsdemo

Wer gegen Hartz IV und Sozialabbau kämpfen will, kommt zur Essener Montagsdemo (jeden Montag 18 Uhr auf der Porschekanzel)

Wir fahren nach Berlin!

Die diesjährige Herstdemonstration der bundesweiten Montagsdemo-Bewegung in Berlin findet am 1. Oktober statt. Infos zur Busanreise ab Essen bei jeder Montagsdemo, in unserer Geschäftsstelle (montags 16-17 Uhr oder telefonisch)

Essens öffentlicher Nahverkehr: Schmalspurlösung für Mensch und Umwelt

Noch vor Jahresfrist wollte Essens Kämmerer Klieve 17 Mio. an der EVAG „sparen“. Proteste waren schon angekündigt – da ließ man die Sache lieber nochmal begutachten: Der Nahverkehr in Essen wurde auf „Konzentration“, also Schrumpfung auf Kosten der Mobilität, untersucht, auf „Kontinuität“, also im Wesentlichen so lassen, und auf „Kapazitätsausbau“.

Weil die „Konzentration“ mit drastischen Kürzungen im Angebot zu 10 Prozent weniger Fahrgästen und damit Einnahmen geführt hätte, wird beim neuen Nahverkehrsplan, den der Rat im September beschließen soll, lieber auf „Kontinuität“ gesetzt. Also kaum mehr investieren als bisher. Tatsächlich muss der öffentliche Nahverkehr aber kräftig ausgebaut werden! Essens Bevölkerung wächst wieder, aber nicht nur deswegen. Mobilität ist ein menschliches Grundbedürfnis, es gehört zur Daseinsvorsorge wie bezahlbarer Wohnraum, sauberes Wasser oder die Stromversorgung.

Wer kein Auto hat, soll deshalb nicht vom gesellschaftlichen Leben ausgeschlossen sein. Und wer eins hat, soll es der Umwelt zuliebe möglichst stehen lassen, weil er mit dem öffentlichen Nahverkehr besser fährt! Für die „Grüne Hauptstadt Europas“ soll der

Anteil des ÖPNV von jetzt 19 auf 25 Prozent aller gefahrenen Strecken erhöht werden. Das ist erstens zu wenig und zweitens mit diesem Nahverkehrskonzept niemals zu erreichen!

Der anvisierte Bau der oberirdischen „Bahnhofstangente“ der Straßenbahnlinie Steele-Borbeck folgt dem Konzept der bevorzugten Verbindung von außen ins Stadtzentrum, wozu auch bei der 107 die Taktzeiten verkürzt werden sollen. Nichts dagegen, aber Menschen wollen auch woanders hin. Abzulehnen ist deshalb, zugleich die Buslinien 167, 176 und 193 ganz zu streichen und samstags sechs Buslinien nur noch alle 30 Minuten fahren zu lassen.

Davon sind auch Zubringerbusse für die U-Bahn oder Straßenbahn betroffen wie der 140 (Borbeck-Altenessen-Stoppenberg), der heute schon oft aus allen Nähten platzt. Ab-



zulehnen ist auch, sonntags den Verkehr erst um 9 Uhr zu beginnen. Wie sollen Beschäftigte mit Wochenendarbeit wie am Klinikum zur Frühschicht kommen? Aber die Preise für die Tickets werden jährlich mindestens einmal erhöht!

„Essen steht AUF“ tritt für den Ausbau eines erschwinglichen ÖPNV, für kürzere Taktzeiten auch im Abendverkehr ein. Und dafür, dass er perspektivisch steuerfinanziert und für die Nutzer kostenlos wird – ein Riesengewinn für die Mobilität in Essen und für den Erhalt unserer natürlichen Umwelt!

Sonderausgabe - 29.04.2016

Giftmüll und PCB unter Tage gefährden das Trinkwasser!
Die RAG muss gestoppt werden!

Logos of various organizations: AUF Gelsenkirchen, Müllheim AUF, Kampf für AUF, AUF, AUF, AUF, AUF, Umweltgewertschaft, etc.

PCB – verbotenes Gift, aber überall im Ruhrgebiet?

PCB (polychlorierte Biphenyle) gehören zum „Dreckigen Dutzend“, den gefährlichsten von Menschen geschaffenen Ultragiften, die Gesundheit und Umwelt bedrohen. Unter den Sammelbegriff fallen über 200 verwandte Giftstoffe, die in Deutschland seit 1988, weltweit seit 2001 verboten sind. Sie reichern sich im Körper im Fettgewebe an und entfalten ihre krebserzeugende und -fördernde Wirkung oft erst viel später. Sie reichern sich in der Nahrungskette an und sind längst in alle Winkel der Biosphäre eingedrungen.

Seit über 40 Jahren wird trotzdem in Essen-Kray behördlich genehmigt PCB-haltiger Schrott geschreddert und dabei ständig PCB freigesetzt. Noch gefährlicher ist ein regelrechtes Umweltverbrechen im Bergbau: Nachgewiesen 15 000 Tonnen PCB-Öle, die früher bedenkenlos unter Tage eingesetzt wurden, sind dort in rostigen Fässern verblieben oder abgelassen, teilweise extra unter Tage eingelagert worden. Mit dem Ansteigen der Wasserhaltung in den alten Bergwerken, wenn die RAG immer mehr Pumpen abstellt, entsteht nicht nur eine Verseuchungsgefahr für das Trinkwasser im ganzen Ruhrgebiet. Das abgepumpte, mit Salzen und vielen Giften belastete Grubenwasser ist schon jetzt stark PCB-haltig, wird aber ungeklärt in Ruhr, Emscher und Rhein eingeleitet. **PCB in die Umwelt zu verbringen ist aber verboten. Die Flutung der Bergwerke muss gestoppt und alle Giftstoffe auf Kosten der RAG geborgen werden!** „Essen steht AUF“ hat mit Schwesterbündnissen im Ruhrgebiet dazu einen gemeinsamen Flyer veröffentlicht und wird am Ball bleiben!

In der WDR-Reihe "Können kämpft" gab es zum Thema "PCB - Das Gift aus der Nachbarschaft" einen sehenswerten Film, den man über diesen Link ansehen kann: <https://youtu.be/J7P5ig7xYA0>

Flüchtlingsunterkünfte: Unhaltbare Zustände, brutale Abschiebungen

Eine ehrenamtliche Helferin berichtet

Durch die Strapazen einer oft monatelangen Flucht sind die Flüchtlinge und ihre Familien meist stark traumatisiert und oft auch gesundheitlich angeschlagen. Die ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer der Flüchtlingseinrichtungen in Essen versuchen durch gemeinsame Aktivitäten mit ihnen etwas Freude und Entspannung in den Alltag zu bringen.

Trotzdem – das Leben in den Einrichtungen ist teilweise menschenunwürdig, besonders die Zeltstädte sind eine einzige Katastrophe. In alten Schulen untergebrachte Flüchtlinge erleben, dass bei den sanitären Anlagen z.B. beim Duschen die Türen nicht abschließbar sind. Besucher dürfen in manchen Einrichtungen nur in hierfür vorgesehenen Räumen empfangen werden. Dabei werden sie auf Schritt und Tritt in der Einrichtung „begleitet“. Irgendwie soll alles unterbunden werden, was gemeinsame Aktivitäten von Flüchtlingen und Helfern gegen unzumutbare Zustände fördern könnte.

Eine Wohnung zu bekommen, ist zunächst einmal der sehnlichste Wunsch. Auf diesem Gebiet haben die Verantwortlichen der Stadt von Anfang an geblockt und lassen jetzt den Allbau melden, dass er keine freien Wohnungen mehr habe. Vielfach haben Flüchtlinge privat eine Wohnung gefunden, z.T. wurden durch betrügerische Leute „Vermittlungsgelder“ verlangt, was jetzt aber angeblich unterbunden wurde von European Homecare (EHC).

Familien aus Albanien, Bosnien und Herzegowina, Kosovo, Mazedonien, Montenegro leben derzeit in Angst und Verzweiflung. Ihre Länder

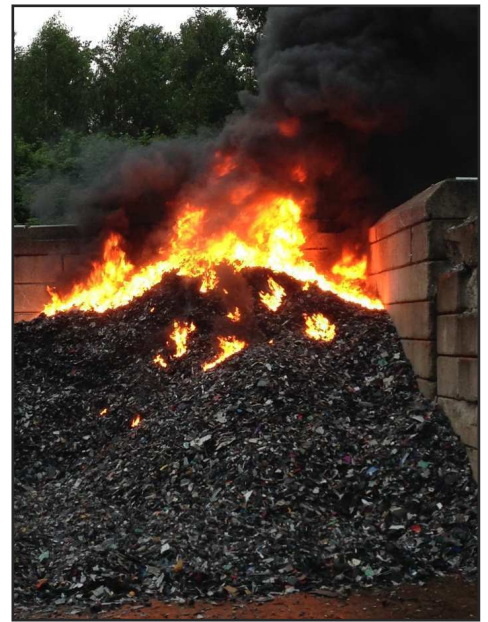
wurden 2015 als „sichere Herkunftsländer“ deklariert. Die Stadt Essen bringt es als Erfolgsmeldung, dass die Anzahl der Abschiebungen in Essen fast verdreifacht werden konnte: waren es 2015 im gleichen Zeitraum (Januar – Mai) 38 Abschiebungen sind es 2016 bereits 112 Abschiebungen!

Die Abschiebungen werden teilweise mit einer empörenden Brutalität vollzogen. Morgens in aller Frühe kommen Männer der Ausländerbehörde mit viel Polizei, treten die Türe ein, wenn nicht sofort aufgemacht wird. Einem Familienvater wurden Handfesseln angelegt, die Mutter und der Sohn abgeführt. Mit groben Methoden werden die Menschen zur Eile gedrängt. Vielfach finden sich danach im Zimmer noch persönliche Dinge der Familien. Das tiefsitzende Trauma wird weiter vertieft, ... für die Betroffenen wie die Mitbewohner, die diese Abschiebung erlebten.

Durch die Schließung der Balkanroute, die militärischen Abwehr von Flüchtlingsströmen, den Deal mit dem ultrareaktionären, faschistoiden Erdogan-Regime wird es keinen einzigen Flüchtling weniger geben, dafür umso mehr Tote auf dem Mittelmeer.

Viele Mitglieder und Freunde von „Essen steht AUF“ sind in der ehrenamtlichen Flüchtlingsarbeit aktiv. Zum regelmäßigen Erfahrungsaustausch gibt es eine Arbeitsgruppe bei der interessierte Helfer, Flüchtlinge und andere herzlich willkommen sind.

Nächstes Treffen der Arbeitsgruppe ist am 14. September, 18.30 in der Geschäftsstelle von „Essen steht AUF“.



Bürgerinitiative in Kray: Brand bei PCB-Firma ohne Folgen?

Wieder eine schwarze Rauchsäule über dem Stadtteil: Feuer auf dem PCB-verseuchten Gelände der Fa. Richter.

Auch wenn es diesmal nicht zu einer giftigen Rauchfahne bis nach Recklinghausen gekommen ist wie 2011, fragt die Bürgerinitiative gegen den „Gift“Schredder in Kray nach den Folgen. Auf Nachfrage handelte es sich um Gummi- und Kunststoffreste, die im Freien gelagert werden. Für gummihaltigen Schrott (wie PKW) hat die Firma aber keine Genehmigung. Und natürlich hatte der Brand „keine schädlichen Auswirkungen“ auf Mensch und Umwelt...

Für die BI ein Beweis mehr, dass die gesamten Anlagen der Firma in Hallen oder aus dem Wohngebiet verlagert werden müssen. „PCB – Gift in der Nachbarschaft“ hieß der WDR-Film der Reihe „Können kämpft“, in dem auch über Kray und die „Empfehlung“ für 1750 Haushalte berichtet wurde, das PCB-belastete Gemüse aus dem eigenen Garten nicht zu essen. Seit Jahren wird in Kray gemessen, werden Proben genommen, wird eindeutig PCB festgestellt. Doch nur die Bürger werden mit Einschränkungen belegt, die dafür verantwortliche Firma darf uneingeschränkt weiter machen: Schluss mit der PCB-Vergiftung in Kray!



Der Bauwagen in der Flüchtlingsunterkunft Tiegelstraße wurde von Flüchtlingen bemalt.

Weg mit der neuen Sperrklausel bei Kommunalwahlen in NRW!

Kurz vor der Sommerpause beschloss der Landtag ein Gesetz zur Änderung der Landesverfassung zur Wiedereinführung einer Sperrklausel bei Kommunalwahlen in Höhe von 2,5 %. Der NRW-Verfassungsgerichtshof hatte 1999 nach Klagen die damals geltende 5%-Sperrklausel für verfassungswidrig erklärt!

Die Begründung für die erneute Einführung einer Sperrklausel ist vorgeschoben und falsch: Die

„Arbeitsfähigkeit“ der Kommunalparlamente sei gefährdet durch mehr kleine Gruppen und Einzelpolitiker in den Stadträten. Nirgends wurde die Beschlussfassung der

Räte dadurch verhindert! In Essen tragen vielmehr Aus- und Übertritte aus SPD, Grünen, Linken und der faschistoiden AfD zur Zersplitterung im Rat bei. Angeblich sei die Sperrklausel auch nötig, um Nazis aus den Parlamenten fernzuhalten. Dazu ist zu sagen: gegen Neonazis und Rassisten hilft keine Sperrklausel, sondern ein Verbot.

Die Sperrklausel ist in Wirklichkeit eine Bankrotterklärung der bürgerlichen Parteien in NRW. Schon seit längerem wenden sich die Menschen massiv von ihnen ab: CDU wie SPD haben dramatisch an Mitgliedern und Wählern verloren. Die SPD in Ruhrgebietsstädten hat sich fast halbiert, in Essen kommt sie aus Skandalen und Streit gar nicht mehr

heraus. Dass die Grünen mit die eifrigsten Verfechter der Sperrklausel sind zielt genauso auf Erhalt und Sicherung ihrer Pfründe. Kritiker und Vertreter einer Politik von unten will man vom Hals haben.

Undemokratisch ist auch, dass mit der Sperrklausel ein beträchtlicher Teil der Wählerstimmen unter den Tisch fallen soll. In Essen wären damit bei der letzten Kommunalwahl knapp sieben Prozent der Wählerstimmen



Vielleicht schon bald bittere Realität, wenn es weiter so bergab geht mit der SPD

einfach weggefallen. Bei der geringen Wahlbeteiligung wären mal gerade 38,5 Prozent der Essener Wahlberechtigten im Rat „vertreten“. Das nennt sich dann repräsentative Demokratie?

Die Sperrklausel richtet sich eindeutig gegen fortschrittliche, alternative und linke Wählergemeinschaften und Parteien, die die Interessen und Proteste der Bürger entschieden fördern. Das passt der Profitwirtschaft und ihren Parteien nicht. Deshalb richtet sich ihre Sperrklausel gerade gegen überparteiliche Kommunalwahlbündnisse wie „Essen steht AUF“. Wir setzen uns mit anderen Bündnissen, Initiativen und Parteien dafür ein, die Sperrklausel zu Fall zu bringen.

Kein Pegida-Ableger in Essen!

Unter dem Namen „Essen gegen Politikwahnsinn“ versucht der Neofaschist Holm Teichert seit April einen Pegida-Ableger in Essen zu etablieren mit monatlichen Demonstrationen. Gaben sie sich anfangs wie bei Pegida üblich als „besorgte Bürger“ aus, ließ Teichert nach drei erfolglosen Versuchen die Maske fallen und warb offen bei NPD, AfD, REPs und ProNRW um die Teilnahme von Neo-

nazis. Es half nichts. Am 13. Juli waren es nicht mal mehr 20 Braune, die kamen. Das antifaschistische Bündnis „Essen stellt sich quer“, in dem „Essen steht AUF“ aktiv mitarbeitet, trat dem Pegida-Ableger von Anfang an offensiv und auch mit Blockaden entgegen. Man darf das braune Projekt bald als gescheitert betrachten.

Da wächst zusammen, was zusammen gehört

Karnaper Ex-SPD-Ratsherr Guido Reil geht zur AfD

Für seine schäbige Stimmungsmache gegen Flüchtlinge und Migranten wurde der Karnaper SPD-Ratsherr Guido Reil mit viel Medienaufmerksamkeit belohnt. Reil glaubte, mit so viel Rückenwind einen Vorstandsposten in der SPD ergattern zu können. Das war der SPD-Mehrheit dann doch zu heikel und der Parteitag ließ ihn abblitzen. Beleidigt trat Reil Anfang Mai aus der SPD aus und Anfang Juli in die erreaktionäre und faschistoide AfD ein.

In der irrigen Hoffnung, sie könnten die Krise der SPD durch Anpassung an AfD und Pegida entschärfen, machten einige rechte SPD-Funktionäre aus dem Essener Norden Anfang des Jahres Stimmung gegen Flüchtlinge, aber auch gegen Migranten, die hier längst heimisch sind. So in einem Aufruf zu einer Demo unter dem üblen Motto „Der Norden ist voll“, den nicht nur Reil, sondern auch SPD-Ratsherr Gabriel mittrug, der jetzt Millionen machen will mit eigenen Flüchtlingsunterkünften.

Das ist die altbekannte Methode, von der Verantwortung der Essener SPD für die städtischen Probleme abzulenken, indem ausgerechnet die Opfer dieser Politik pauschal zu Sündenböcken gestempelt werden.

Veranstaltungstipps

**Jeden Montag, 18 Uhr, Porschekanzel:
Essener Montagsdemo**

22. Juli

Treffen der UmweltgewerkschaftGruppe Essen: Vorbereitung des Weltklimatags 2016
19.00 Uhr, Couragezentrum, Goldschmidtstr.
3. Essen-Ostviertel

18. August

Treffen der BI gegen „Gift“Schredder in Kray,
19.00 Uhr. „La India“, Kray Str. 3012

20. August:

Spielplatzfest der Bürgerinitiative Helenenpark mit dem Spielmobil des Kinderschutzbunds und Ponykutsche, 14 bis 18 Uhr, Spielplatz an der Hundebrinkstraße

31. August 2016

Treffen des Regional-Teams Nord von „Essen steht AUF“, 19 Uhr, „Bückmannsmühle“, Schönefeldstr.70-76

Essen steht AUF

Goldschmidtstr.3, 45127 Essen

vorstand@essen-steht-auf.de

Tel. 45862613 oder 323800

V.i.S.d.P.: Dietrich Keil, Bonifaciusstr. 257, 45309 Essen